

Entgrenzung religiös-politischer Milieus? Der Wandel religiöser Einflüsse auf die Parteipräferenz 1977 bis 2016 in Deutschland

Siegers, Pascal; Eder, Christina

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Siegers, P., & Eder, C. (2018). Entgrenzung religiös-politischer Milieus? Der Wandel religiöser Einflüsse auf die Parteipräferenz 1977 bis 2016 in Deutschland. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 60, 13-20. <https://doi.org/10.15464/isi.60.2018.13-20>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

ZA5633/ doi:10.4232/1.11616;
 ZA5632/ doi:10.4232/1.11615;
 ZA5641/ doi:10.4232/1.11868;
 ZA5677/ doi:10.4232/1.12171;
 ZA5999/ doi:10.4232/1.12372;
 ZA6700/ doi:10.4232/1.12649;
 ZA6888/ doi:10.4232/1.12824

2 For this analysis our period of study is restricted to three surveys because res-

pondents are only tasked once a year to place the German parties on a left-right axis. The first time the AfD was included was in March 2014.

ZA5999/ doi:10.4232/1.12372;
 ZA6700/ doi:10.4232/1.12649;
 ZA6888/ doi:10.4232/1.12824

3 see Endnote 1

Ann-Kathrin Reinl
 Ann-Kathrin.Reinl@gesis.org

Tassilo Heinrich
 tassilo.heinrich@politik.uni-regensburg.de

doi: 10.15464/isi.60.2018.6-13

Entgrenzung religiös-politischer Milieus?

Der Wandel religiöser Einflüsse auf die Parteipräferenz 1977 bis 2016 in Deutschland

Die Zeiten, in denen die katholische Kirche wie 1980 per Hirtenbrief zur Wahl von CDU/CSU aufrief, dürften in der Bundesrepublik größtenteils Vergangenheit sein. Auch die Evangelische Kirche in Deutschland veröffentlicht schon lange keine Wahlempfehlung mehr und die Reichweite der Predigtworte schwindet durch die sinkenden Mitgliederzahlen der christlichen Kirchen und Gottesdienstbesucher. Als Folge dieses Säkularisierungstrends schließen manche Autoren auf einen Rückgang der Bedeutung religiöser Identitäten, religiösen Glaubens und der religiösen Praxis für politische Einstellungen und politisches Verhalten. Sie vermuten eine Angleichung der religiösen und nicht-religiösen Bevölkerung in politischen Fragen, also eine Entgrenzung der religiös-politischen Milieus. Religiös-politische Milieus zeichnen sich durch einen starken Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer religiösen Gruppe und den politischen Einstellungen der Individuen aus. Zudem vertreten einzelne Parteien die religiösen Gruppen im politischen Prozess. Die Existenz dieser Milieus geht auf politische Konfliktlinien zwischen verschiedenen Konfessionen (wie zum Beispiel in den Niederlanden) oder zwischen religiösen und säkularen Gruppen (wie z.B. in den südeuropäischen Staaten) zurück.

Trotz allem bleiben religiöse Eigenschaften der Individuen wichtige Prädiktoren für politische Einstellungen und insbesondere das Wahlverhalten (Elff & Roßteutscher 2011). Für die Vereinigten Staaten konnte sogar eine Polarisierung zwischen religiöser und nicht-religiöser Bevölkerung nachgewiesen werden (Chaves 2011). Und auch wenn existierende empirische Studien keine Anzeichen für eine Polarisierung, sondern Hinweise für eine Entgrenzung in Deutschland finden konnten (Wolf & Roßteutscher 2013), stellt sich die Frage, ob eine Entgrenzung der religiös-politischen Milieus tatsächlich stattgefunden hat und ob dieser Trend weiterhin anhält.

Die Fragestellung an sich ist dabei nicht neu, hat aber in den letzten Jahren wieder an Relevanz gewonnen: die Pegida-Demonstrationen in Dresden und weiteren Städten, die explizit die Rettung des christlichen Abendlandes vor einer drohenden Islamisierung für sich beanspruchen, hoben das Thema prominent auf die politische Tagesordnung, insbesondere, weil die Kirchenmitgliederzahlen, wie weiter unten aufgeführt, im Osten der Republik vergleichsweise niedrig sind. Die AfD nahm sich des Themas ebenfalls an. Gleichzeitig sehen die beiden großen Kirchen sich selbst nach wie vor

als relevanter sozialer Akteur, der auch zur aktuellen Tagespolitik Stellung nimmt, insbesondere zu sozial- oder entwicklungspolitischen Themen oder der Flüchtlingskrise. Beispiele dafür sind auch die regelmäßigen Papstbesuche ranghoher Politiker flankiert von entsprechender Berichterstattung oder der Auftritt von Kanzlerin Merkel und dem ehemaligen US-Präsidenten Obama beim evangelischen Kirchentag.

In Deutschland konzentrieren sich die Studien zur Bedeutung der Religiosität für das Wahlverhalten vor allem auf die christdemokratischen Parteien (u.a. Arzheimer & Schoen 2007; Minkenberg 2010). Dabei wird meist der Einfluss religiöser Eigenschaften auf die Wahrscheinlichkeit der selbstberichteten Stimmabgabe für die christdemokratischen Parteien untersucht - es werden also in der Regel die Wähler der Christdemokraten mit den Wählern aller anderen Parteien verglichen. Die Referenzkategorie für die Regressionsanalysen ist dadurch sehr heterogen, umfasst sie doch genauso Anhänger linker und linksextremer Parteien wie liberaler und rechtsextremer bzw. rechtspopulistischer Parteien. Darin liegt dann auch eine Schwäche existierender Studien, weil Wähler sich nicht für oder gegen eine Partei entscheiden, sondern zwischen Alternativen wählen.

Es ist deshalb instruktiver, die Entscheidungen für Parteien paarweise zu vergleichen. Dieses Vorgehen wurde im vorliegenden Beitrag gewählt. Ein paarweiser Vergleich ermöglicht auch die Untersuchung der Effekte von Religion und Religiosität auf die Parteipräferenz, wenn Parteien verglichen werden, die sich im Parteiensystem relativ nahestehen, zum Beispiel die Sozialdemokraten und Grünen oder die Christdemokraten und die Freidemokraten.

Der Fragestellung liegt eine klare Langfristperspektive zugrunde, denn die interessierenden Mechanismen werden erst über die Zeit sichtbar. Mit der Gesamtkumulation der Politbarometer (Forschungsgruppe Wahlen, 2017) steht seit November 2017 erstmals eine Datenbasis zur Verfügung, die eine Bearbeitung dieser Frage für Ost- und Westdeutschland über die vergangenen 40 Jahre (Westdeutschland) beziehungsweise 15 Jahre (Ostdeutschland) erlaubt.

Unsere Ergebnisse weisen tatsächlich auf eine kontinuierliche und vermutlich auch noch anhaltende Entgrenzung der religiös-politischen Milieus hin. Allerdings ist das Bild differenzierter, da diese Effekte die Parteien in unterschiedlicher Weise betreffen und für Ost- und Westdeutschland getrennt betrachtet werden müssen.

Religion und Parteipräferenz

Die Entstehung religiös-politischer Milieus geht in der Bundesrepublik, genauso wie in anderen europäischen Demokratien, auf die Bindung der christlichen – in Deutschland vornehmlich der katholischen Bevölkerung – an die christdemokratischen Parteien zurück. Die Gründung von CDU und CSU nach dem zweiten Weltkrieg, bewusst als überkonfessionelle Parteien, wirkte einer „Versäulung“ der protestantischen und katholischen Milieus, wie sie in den Niederlanden zu finden war, entgegen. Tatsächlich wurde in der Vergangenheit bereits gezeigt, dass im Hinblick auf das Wahlverhalten Unterschiede zwischen Protestanten und Katholiken geringer ausfallen als zwischen religiösen und nicht-religiösen Bürgern (Wolf 1996). Dennoch wurden in der Wahlforschung die konfessionellen Einflüsse auf die politischen Präferenzen nachgewiesen.

Die Bindung bestimmter konfessioneller Milieus an bestimmte politische Parteien lässt sich historisch rekonstruieren. In Westdeutschland konnten sich die CDU und die CSU auf die katholischen Kirchenmitglieder stützen, die zuvor die katholische Zentrums Partei bzw. die Bayerische Volkspartei unterstützten hatten. Den Christdemokraten gelang es darüber hinaus, die Deutsche Volkspartei und die Protestanten außerhalb des ehemals preußischen Reiches einzubeziehen (von Alemann 2000). Innerhalb der Grenzen Preußens waren die konservativen Strömungen des protestantischen Bürgertums nur schwach organisiert, daher findet sich dort bei den Protestanten eine stärkere Präferenz für die Sozialdemokraten. Empirisch zeigte sich jedoch, dass bei ausgeprägter Kirchenbindung (d.h. regelmäßigem Kirchgang) Protestanten wie Katholiken gleichermaßen die christdemokratischen Parteien bevorzugten (Pappi & Brandenburg 2010). Mit dem kontinuierlichen Rückgang sowohl der Kirchenmitgliedschaft als auch der Kirchenbindung in Westdeutschland (Meulemann 2015) wurde die Vermutung geäußert, dass auch der Einfluss der Religion auf den politischen Prozess zurückgeht. Dieses Argument funktioniert auf zwei Ebenen: Zum einen nimmt die Zahl der kirchlich gebundenen Wähler ab und dadurch verlieren religiöse Milieus quantitativ an Bedeutung für den Ausgang von Wahlen. Zum anderen wird vermutet, dass der Einfluss der individuellen Religiosität auf politische Einstellungen und das Wahlverhalten zurückgeht. Es wird also eine Entkopplung von Religiosität und Parteipräferenz vermutet, die auch als Entgrenzung der politisch-religiösen Milieus gedeutet wird. Empirisch sollte sich dies darin zeigen, dass die Korrelationen zwischen religiösen Eigenschaften der Individuen und ihren politischen Einstellungen und Präferenzen nachlässt.

Allerdings ergibt sich aus dem Rückgang von Kirchenbindung und Religiosität nicht automatisch eine Entgrenzung der Milieus. Es ist durchaus plausibel anzunehmen, dass kirchengebundene Individuen ihre besonders ausgeprägte Bindung an die christdemokratischen Parteien behalten, auch wenn die Gruppe der Gläubigen schrumpft.

Auch schwindet die Affinität der Protestanten für die Sozialdemokraten nicht allein dadurch, dass die Zahl der Protestanten abnimmt. Vielmehr ist die (häufig implizite) Annahme, dass sich religiöse Milieus mit ihren konsistenten Weltanschauungen auflösen, d.h. dass sich die Säulen innerhalb derer sich die christlichen Milieus organisiert haben im Zuge der Säkularisierung auflösen und sich damit auch der strukturierende Effekt der Religiosität auf politische Einstellungen und Verhaltensweisen abschwächt. Unterschiede zwischen Religiösen und Nicht-Religiösen – so die Annahme – verringern sich.

Allerdings finden sich auch in der Entwicklung des Parteiensystems Gründe, die eine Entgrenzung der religiös-politischen Milieus hervorrufen können. Die Leistung der christdemokratischen Parteien im Nachkriegsdeutschland bestand in der Integration der christlichen – insbesondere der katholischen – Bevölkerung in den demokratischen Prozess der Bundesrepublik. Für die christdemokratischen Parteien ist die Schrumpfung der religiösen Milieus problematisch, weil damit die traditionelle Wählerbasis erodiert. Nicht nur in Deutschland haben sich die Christdemokraten daher neu aufgestellt. Die enge Bindung an die christlichen Glaubenslehren wurden – zumindest partiell – durch abstrakte religiös-kulturelle Referenzen ersetzt, so sind beispielsweise christliche Werte an die Stelle des Glaubens an Gott getreten (Kalyvas & van Kersbergen 2010). Zudem waren die christdemokratischen Parteien weniger stark an politische Ideologien gebunden, als die Sozialdemokraten. Vielmehr hatten sie eine Rolle als Vermittler zwischen den Interessen der bürgerlichen Unternehmer und der christlichen Arbeiterschaft, die einher ging mit einem hohen Maß programmatischer Flexibilität bei der politisch-programmatischen Neuausrichtung im säkularisierten Deutschland (Frey 2009).

Die Veränderungen im Parteiensystem und die ideologische und programmatische Neuorientierung der christdemokratischen Parteien in Deutschland könnten folglich genauso zur Entgrenzung religiös-politischer Milieus beigetragen haben, wie der

Rückgang von Kirchenmitgliedschaft und Gottesdienstbesuch (Kalyvas & van Kersbergen 2010). Für die Niederlande konnte der Zusammenhang zwischen programmatischer Ausrichtung der Christdemokraten und den Präferenzen des kirchlich gebundenen Elektorates gezeigt werden (Jansen et al. 2012) und in gewissem Maße konnte ein Entgrenzungsprozess in Deutschland für verschiedene politische Einstellungsvariablen nachgewiesen werden (Wolf & Roßteutscher 2013). In der längsschnittlichen Perspektive erwarten wir daher einen Rückgang der Einflüsse von Kirchenmitgliedschaft und Kirchenbindung auf das Wahlverhalten und insbesondere auf die Präferenz für christdemokratische Parteien. Das bedeutet, dass wir im Zeitverlauf einen Rückgang der Effektstärken in den binär logistischen Regressionsmodellen zur Erklärung der Wahlabsicht/Parteipräferenz erwarten.

Das betrifft zunächst die Effekte der Kirchenbindung (d.h. des Gottesdienstbesuches) auf die Wahl von CDU/CSU anstelle der SPD und der Freien Demokraten (FDP). Wenn die Entgrenzungsthese richtig ist, sollten sich die Effekte abschwächen, weil sich die Elektorate der Parteien im Hinblick auf ihre religiöse Zusammensetzung angeglichen haben. Gleiches gilt auch für die Effekte einer katholischen und evangelischen Kirchenmitgliedschaft. Der positive Effekt der katholischen Kirchenmitgliedschaft als Ausdruck der Präferenz für die Christdemokraten sollte über die Zeit kleiner werden. Analog sollte auch der negative Effekt der evangelischen Kirchenmitgliedschaft, der im Modell, das die Wähler von Sozialdemokraten und Christdemokraten vergleicht, Ausdruck der Präferenz für die sozialdemokratische Partei ist, kleiner werden, d.h. näher an den Nullpunkt rücken. Die Erwartungen für die Konfessionsmitgliedschaft müssen ferner nach Ost- und Westdeutschland differenziert werden, denn in den neuen Bundesländern ist, anders als in den alten Bundesländern, die Bindung der evangelischen Kirchenmitglieder an die Christdemokraten sehr stark ausgeprägt. Wenn dort eine Entgrenzung stattfindet, dann analog zum Muster der Katholiken in Westdeutschland (d.h. eine Abschwächung positiver Effekte).

Neben einer Entgrenzung politisch-religiöser Milieus ist jedoch auch eine Verschiebung der religiösen Milieus denkbar. In einer vergleichenden Studie konnten Siegers et al. (2016) zeigen, dass mit der Zuwendung der christlichen Kirchen in Europa zu Themen des Umweltschutzes, interpretiert vor allem als Erhaltung der Schöpfung, kirchengebundene Wähler die grünen Parteien gegenüber den sozialdemokratischen Parteien bevorzugen. Die Öffnung der Kirchen für ökologische Themen könnte sich im Längsschnitt darin äußern, dass sich ein negativer Effekt der Kirchenbindung auf die Wahl der Grünen im Laufe der Zeit abschwächt oder sogar ins Positive umkehrt.

Datengrundlage und Operationalisierung

Für die nachfolgenden Analysen wurde die Gesamtkumulation der Politbarometer (Forschungsgruppe Wahlen, 2017) verwendet. Die Grundgesamtheit der ungefähr monatlich durchgeführten Querschnittsbefragungen ist die deutsche Wahlbevölkerung. Seit 1988 werden die Befragungen telefonisch durchgeführt, zuvor wurden die Daten mittels persönlicher Befragungen erhoben. Der Datensatz enthält Informationen zu insgesamt 876.834 Befragten, davon 574.691 in Westdeutschland (seit 1977) und 301.925 in Ostdeutschland (seit 1990).

Die *abhängige Variable* unserer Modelle ist die Parteipräferenz, vorrangig gemessen durch die „Sonntagsfrage“, über die die Befragten angeben, welche Partei sie wählen würden, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre. Die Auswertungen werden auf Parteien beschränkt, für die eine möglichst lange Zeitreihe existiert. Dabei werden – wie in der Wahlforschung üblich – CDU und CSU zu einer Partei zusammengefasst. Darüber hinaus wurden Wähler der SPD, der FDP, der Grünen und der Linken untersucht. Weil rechtsextreme Parteien wie die Republikaner oder die NPD nicht durchgängig auf ausreichende Anteile in den Befragungen kommen, lassen wir diese Parteienfamilie außen vor. Das Auftreten der Alternative für Deutschland (AfD) ist zu neu, um in eine sinnvolle

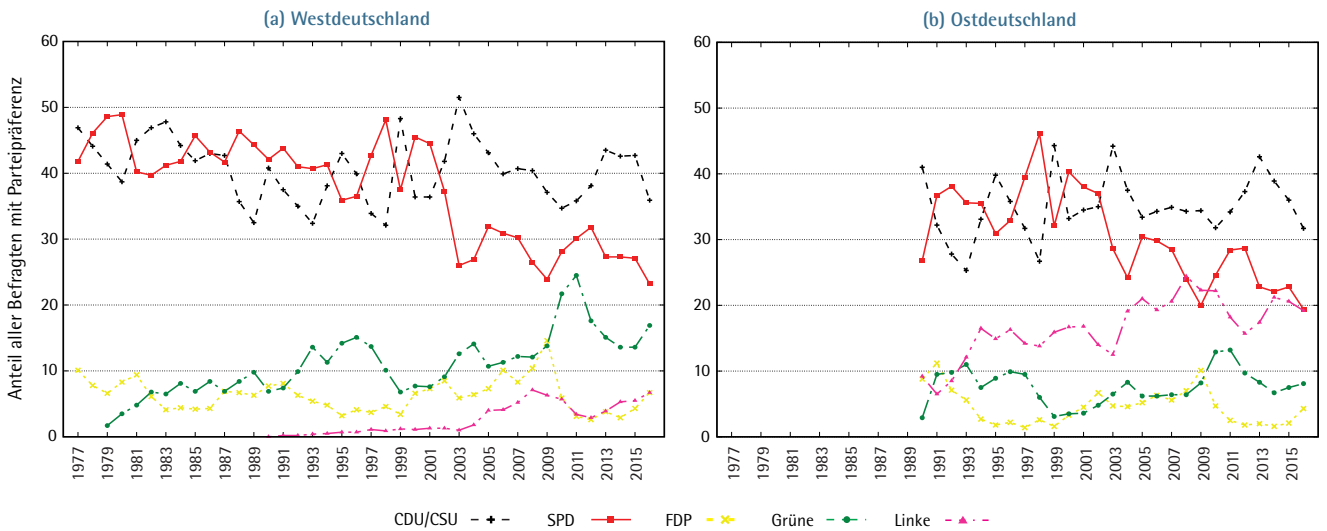
Trendanalyse einbezogen zu werden.

Für Ost- und Westdeutschland ergibt sich über die Zeit die in Grafik 1a und 1b dargestellte Entwicklung der Parteipräferenzen. Die Prozentuierung bezieht sich nur auf die Befragten in der Stichprobe, die eine Parteipräferenz angegeben haben. Nichtwähler oder Unentschlossene werden nicht berücksichtigt.

In beiden Graphiken sehen wir einen klaren Trend weg von den klassischen Volksparteien, der sich auch in den Ergebnissen der letzten Bundestagswahlen widerspiegelt. In den 1970er- und 1980er-Jahren ist das Wechselspiel der Macht zwischen den Unionsparteien einerseits und den Sozialdemokraten andererseits klar zu sehen, ab Anfang der 2000er-Jahre nimmt die Parteipräferenz für die SPD als Folge der Agendapolitik deutlich sichtbar ab. Seitdem konnten die Sozialdemokraten die Unionsparteien in der Wählergunst nicht mehr überholen. Auffällig ist auch die Verteilung für Bündnis'90/Die Grünen, die im Westen auch 2016 noch auf über 15% Zustimmung kommen. Im Osten spielen Grüne und FDP hingegen eine deutlich geringere Rolle, hier ist die Linke stärker. Die aus PDS und WASG hervorgegangene Partei kann wiederum erst seit 2014 im Westen über 5 Prozent erzielen.

Die zentralen *unabhängigen Variablen* sind Konfessionsmitgliedschaft und Kirchbindung, wobei letztere über die Häufigkeit der Teilnahme an Gottesdiensten erhoben wird. Beide Merkmale wurden im Politbarometer von Beginn an abgefragt. Die Grafiken 2a und 2b zeigen die Entwicklungen über die Zeit für West- und Ostdeutschland. In Westdeutschland sind die sinkenden Mitgliedszahlen in beiden großen Kirchen klar abzulesen, gleichzeitig steigt der Anteil der Konfessionslosen von unter 10% auf fast 30%. Im Osten ist der Anteil römisch-katholischer Kirchenmitglieder auf niedrigem Niveau stabil, die evangelische Kirche verliert in den Nachwendejahren zunächst Mitglieder, pendelt sich dann aber ebenfalls auf einem relativ stabilen Niveau ein und scheint in den vergangenen zwei bis drei Jahren wieder mehr Mitglieder zu verlieren. Die Kategorie „konfessionslos“ umfasst alle Befragten, die angeben,

Grafik 1 Entwicklung der Parteipräferenz 1977 bis 2016 in Westdeutschland (a) und 1990 bis 2016 in Ostdeutschland (b)



Datenbasis: ZA5100, eigene Auswertungen; ungewichtet; N Westdeutschland=452.308; N Ostdeutschland=219.473

keiner Konfession anzugehören (34% des gesamten Samples über die Zeit). Die anderen Religionsgemeinschaften machen insgesamt nur etwa 2% des Samples aus und werden daher in den Analysen nicht berücksichtigt.

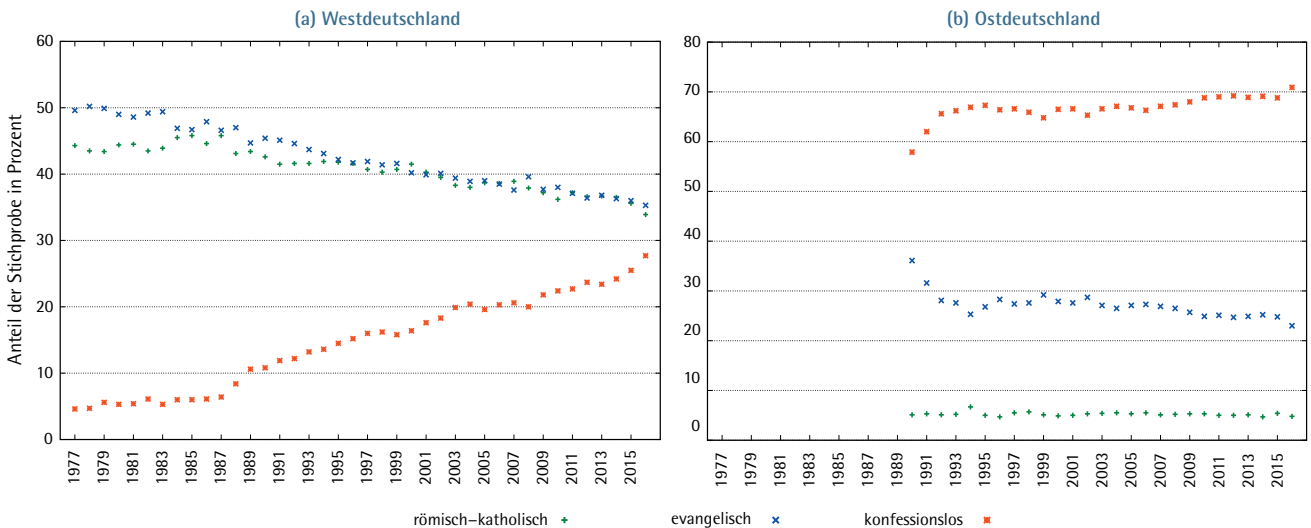
Weitere *Kontrollfaktoren* in unseren Modellen sind Alter, Geschlecht und Wohnortgröße, die jeweils sowohl mit Kirchenmitgliedschaft und Kirchenbindung als auch mit den Parteipräferenzen korreliert sind. Es wäre wünschenswert noch weitere Variablen in die Regressionsmodelle einzubeziehen, um möglichst unverzerrte Schätzer für die Regressionsgewichte zu erhalten. Insbesondere die Links-Rechts-Selbstein-

stufung ist ein wichtiger Prädiktor der Parteipräferenz und auch mit religiösen Variablen korreliert. Dieser Indikator ist aber nicht in allen Politbarometer-Jahrgängen enthalten und zudem hat sich das Format über die Jahre verändert, so dass diese Variable in den Regressionsmodellen nicht berücksichtigt wurde. Aufgrund fehlender Kontrollvariablen sind die berichteten Koeffizienten tendenziell überschätzt.

Wir verwenden binär-logistische Regressionsmodelle um jeweils die Anhänger zweier Parteien miteinander zu vergleichen, unsere abhängige Variable hat folglich jeweils zwei Ausprägungen: die uns interessierende

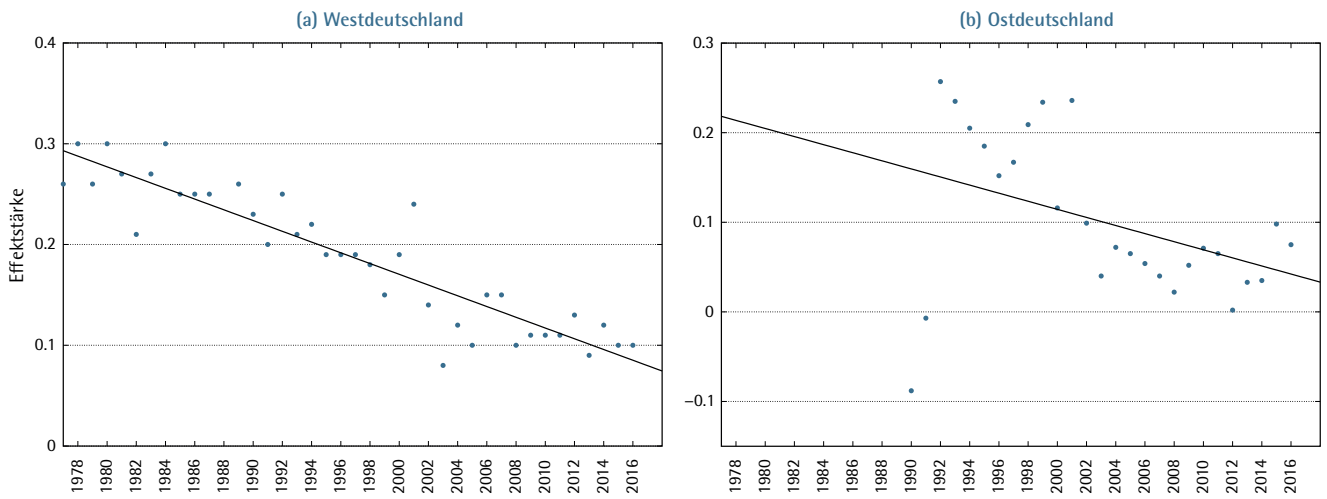
Partei (codiert mit dem Wert 1) und die Vergleichspartei (codiert mit dem Wert 0). Dieses Vorgehen stellt sicher, dass wir die Unterschiede zwischen den Parteianhängern deutlicher herausarbeiten können als wenn wir – wie oben beschrieben – eine Partei allen anderen Parteien gegenüberstellten. Die Regressionen wurden jeweils für die jeweiligen Erhebungsjahre geschätzt. Die Ergebnisse werden im Längsschnitt für die Jahre 1977 bis 2016 dargestellt. Alle folgenden Auswertungen wurden für Ost- und Westdeutschland getrennt vorgenommen, weil sich sowohl die Parteiensysteme als auch die konfessionell-religiöse Zusammensetzung der

Grafik 2 Entwicklung der Konfessionsmitgliedschaft 1977 bis 2016 in Westdeutschland (a) und 1990 bis 2016 in Ostdeutschland (b)



Datenbasis: ZA5100, eigene Auswertungen; ungewichtet; N Westdeutschland=571.943. N Ostdeutschland=300.342.

Grafik 3 Effektstärken des Kirchgangs (abhängig: CDU/CSU=1 vs. SPD=0) von 1977 bis 2016 in Westdeutschland (a) und Ostdeutschland (b)



beiden Landesteile erheblich unterscheidet und deshalb auch Unterschiede in den Effekten erwartet werden können.

Entgrenzung religiös-politischer Milieus?

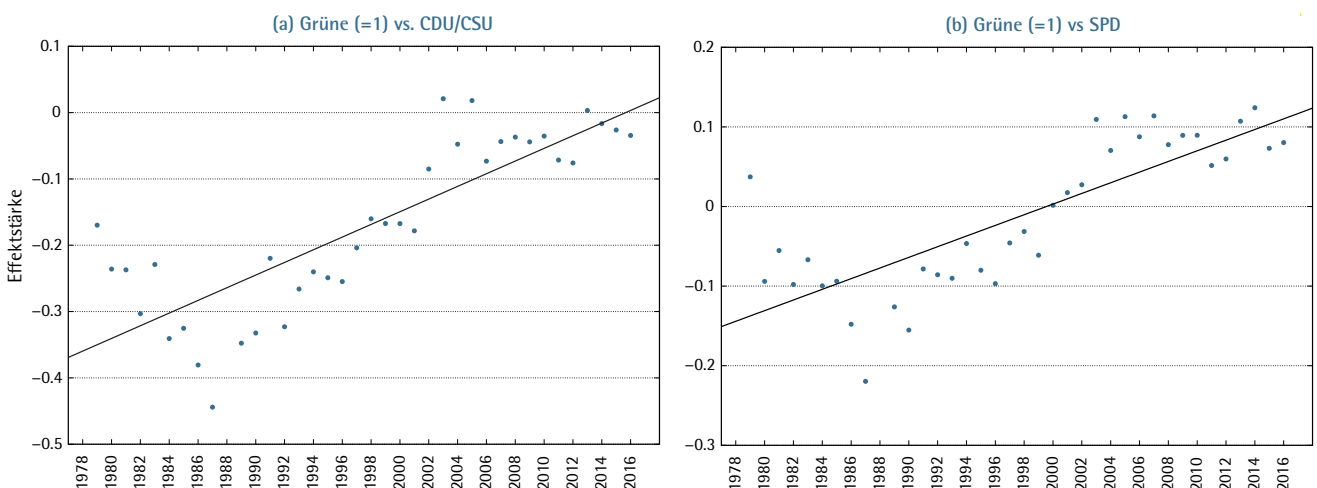
In einem ersten Schritt haben wir die Effekte der Kirchenbindung im Zeitverlauf untersucht. Die Grafiken 3a und b zeigen die Effektstärken des Kirchgangs in dem Modell, das eine Präferenz für die CDU/CSU gegenüber der SPD vorhersagt getrennt für West und Ostdeutschland. Die Linien in den Grafiken zeigen den linearen Trend der Veränderung der Regressionsgewichte über die Zeit. Obwohl eine gewisse Streuung in den Effektstärken offensichtlich ist, sind

die Regressionsgewichte seit den späten 1970er Jahren kontinuierlich kleiner geworden: Im Hinblick auf den Kirchgang unterscheiden sich die Wähler von CDU/CSU und SPD also immer weniger. Ein vergleichbares Muster, wenn auch auf niedrigerem Niveau, zeigt sich auch für die Modelle, in denen die Präferenz für CDU/CSU gegenüber der FDP erklärt werden (nicht abgebildet). Die tendenziell positiven Effekte in den späten 1970er Jahren und 1980er Jahren verringern sich stetig und sind für die neueren Jahrgänge des Politbarometers nicht mehr signifikant. Soweit sprechen die Ergebnisse für die Kirchenbindung für eine fortschreitende Entgrenzung der religiös-politischen Milieus.

Um die These der Verschiebung

der religiös-politischen Milieus zu den Grünen zu illustrieren, haben wir für Westdeutschland auch Modelle geschätzt, die eine Präferenz für die Grünen gegenüber CDU/CSU bzw. SPD vorhersagen. Die Regressionsgewichte für den Kirchgang werden in Grafik 4a und b dargestellt. Das Muster für die Erklärung einer Präferenz der Grünen über die CDU/CSU folgt der Entgrenzungsthese. Die negativen Effekte aus den 1980er Jahren verschwinden kurz nach der Jahrtausendwende. Es gibt keine „Inkompatibilität“ zwischen Religiosität und einer Präferenz für grüne Parteien, die aufgrund der liberalen moralpolitischen Positionen der Grünen in den 1980er Jahren noch bestand. Für den Vergleich der Wähler von Grünen

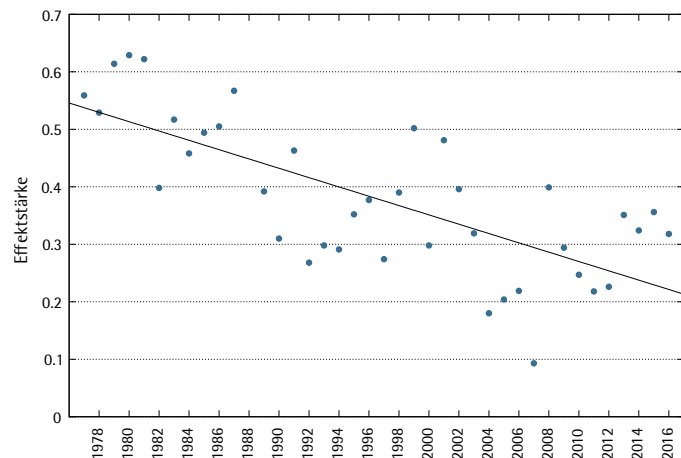
Grafik 4 Effektstärken des Kirchgangs auf eine Präferenz für die Grünen (=1) gegenüber der CDU/CSU (a) und der SPD (b) von 1979 bis 2016 in Westdeutschland



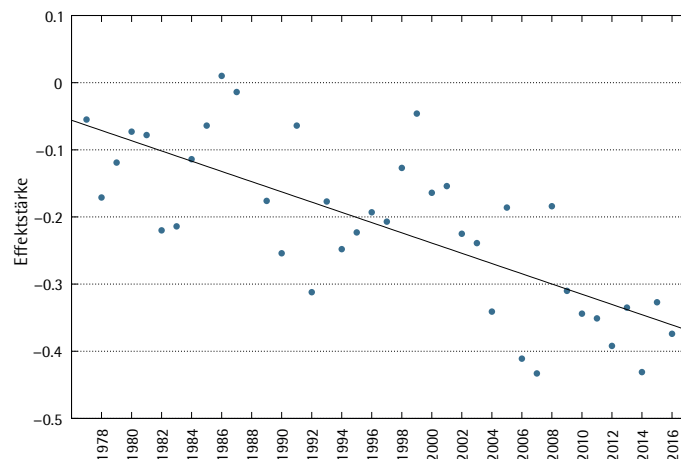
und SPD ist das Muster komplexer. Der negative Effekt in den 1980er Jahren dreht sich im Laufe der Zeit um. Ab der Jahrtausendwende verändert er sich in einen – zwar schwachen – aber positiv signifikanten Effekt. Das bedeutet, dass mit stärkerer Kirchenbindung in den 1980er Jahren noch eine Präferenz für die Sozialdemokraten einherging, während sich im Laufe der Zeit die Präferenz zu den Grünen hin verschoben hat. Das ist ein Anzeichen dafür, dass die Zuwendung der Kirchen zu ökologischen Themen – zumindest im linken Spektrum des Parteienwettbewerbs – zu einer politischen Neuorientierung der religiösen Milieus geführt hat. In Zukunft könnten die Grünen daher auch noch stärker in direkte Konkurrenz mit den Christdemokraten um die religiösen Wähler treten.

In einem zweiten Schritt haben wir die Effekte der Konfessionsmitgliedschaft auf die Parteipräferenz untersucht. Die Effekte für die katholische Kirchenmitgliedschaft – im Vergleich zu den Konfessionslosen als Referenzkategorie –, in Grafik 5 dargestellt, folgt ebenfalls einem abnehmenden Trend. Die vormals stark positiven Effekte bleiben auch in den 2010er Jahren signifikant aber sie haben sich deutlich abgeschwächt. Auch dieser Befund spricht für die Entgrenzungsthese. Anders ist das Muster für die evangelische Kirchenmitgliedschaft (Grafik 6). Waren die Effekte in den späten 1970er schwach negativ oder insignifikant, sind sie durch die Zeit, vor allem seit der Jahrtausendwende immer negativer geworden. Die evangelischen Kirchenmitglieder bevorzugen in den vergangenen 15 Jahren folglich zunehmend die Sozialdemokraten gegenüber den Christdemokraten. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muss jedoch bedacht werden, dass für die Intensität der Kirchenbindung in den Regressionsmodellen kontrolliert wurde. Die Veränderung der Effekte geht also nicht auf eine Veränderung in der Kirchenbindung der Protestanten in Deutschland zurück. Dieser Befund widerspricht der Entgrenzungsthese. Zu prüfen wäre, ob die Zunahme in den Effektstärken darauf zurückzuführen ist, dass die Protestanten in der Phase abnehmender Unterstützung für die Sozialdemokraten (vgl. Grafik 1a)

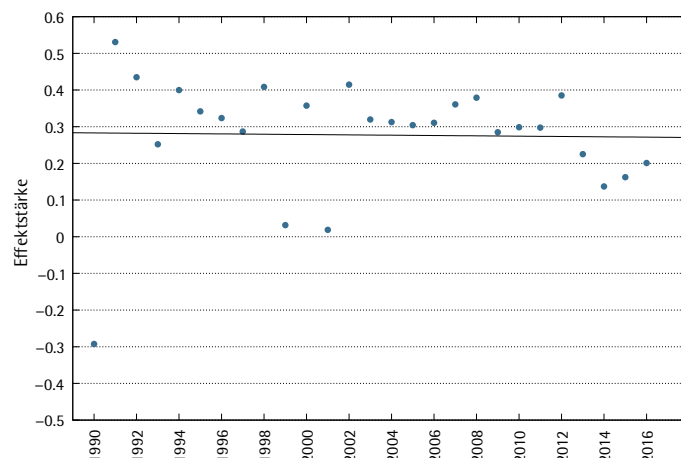
Grafik 5 Effektstärken der katholischen Konfessionsmitgliedschaft vs. Nichtmitglieder (abhängig: CDU/CSU=1 vs. SPD =0) von 1977 bis 2016 in Westdeutschland



Grafik 6 Effektstärken der evangelischen Konfessionsmitgliedschaft vs. Nichtmitglieder (abhängig: CDU/CSU=1 vs. SPD =0) von 1977 bis 2016 in Westdeutschland



Grafik 7 Effektstärken der evangelischen Konfessionsmitgliedschaft vs. Nichtmitglieder (abhängig: CDU/CSU=1 vs. SPD =0) von 1990 bis 2016 in Ostdeutschland



der Partei die Treue gehalten haben. Im Osten hingegen hat sich der positive Effekt der evangelischen Kirchenmitgliedschaft auf die Präferenz der CDU/

CSU gegenüber der SPD seit 1990 kaum verändert, wie Grafik 7 deutlich zeigt². Die traditionell enge Bindung der ostdeutschen Protestanten an die CDU ist

über die Zeit stabil geblieben. In der politischen Orientierung der Protestanten zeigt sich folglich ein markanter Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland.

Fazit

Lässt sich in Deutschland in den letzten 40 Jahren eine Entgrenzung der religiös-politischen Milieus beobachten? Tatsächlich lassen sich in den Daten der Politbarometer Anzeichen für eine kontinuierliche und vermutlich auch noch anhaltende Entgrenzung der religiös-politischen Milieus finden. Besonders klar sind die Befunde für die Kirchenbindung: der positive Effekt der Kirchenbindung für die Präferenz für christdemokratische Parteien hat abgenommen. Bezogen auf die Kirchenbindung unterscheiden sich die Wähler von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen nunmehr weniger als dies noch Anfang der 1980er Jahre in Westdeutschland und Anfang der 1990er Jahre in Ostdeutschland der Fall war.

Die Ergebnisse für die Kirchenmitgliedschaft sind weniger eindeutig. Während sich die Präferenz der Katholiken für die CDU/CSU zumindest im direkten Vergleich mit den Sozialdemokraten abgeschwächt hat, ist der Zusammenhang zwischen evangelischer Kirchenmitgliedschaft und der Präferenz für die Sozialdemokraten anstelle der Christdemokraten in Westdeutschland erstarkt. In Ostdeutschland ist der Effekt einer evangelischen Kirchenmitgliedschaft auf die Präferenz der CDU gegenüber der SPD seit der Wende stabil. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muss der Säkularisierungstrend in Westdeutschland berücksichtigt werden. Auch in den Politbarometer-Daten ist die Schrumpfung der kirchlich gebundenen Milieus sichtbar, während sie in Ostdeutschland auf niedrigem Niveau stabil sind. Die Effekte in den Regressionen hängen jedoch nicht unmittelbar mit dem Rückgang der religiösen Bindung zusammen. Vielmehr wirken bei der Veränderung der Zusammenhänge zwischen Religiosität und Wahlverhalten ein Niveaueffekt (Rückgang von Kirchenmitgliedschaft und Kirchenbindung) sowie ein Struktureffekt (Rückgang der Effekte von

Kirchenmitgliedschaft und Kirchenbindung) zusammen. Welche Effekte dies für den Ausgang der Wahlen hat, bedarf weitergehender Auswertungen.

Die Ursache der Entgrenzung muss nicht im Rückgang der Religiosität liegen. Auch die programmatische Neuausrichtung der christdemokratischen Parteien ist ein denkbarer Grund für die Loslösung.

Gleichzeitig finden sich auch Hinweise auf eine Verschiebung in den politischen Präferenzen der religiösen Wähler. War die Kirchenbindung in den frühen 1980er Jahren noch mit einer Präferenz für die SPD anstelle der Grünen verbunden (zumindest im direkten Vergleich der beiden Parteien), hat sich dieses Muster seit der Jahrtausendwende umgekehrt. Aufgrund der Zuwendung der Kirchen zu ökologischen Themen können die Grünen in Zukunft möglicherweise an Attraktivität für die religiösen Milieus gewinnen.

Religion und Religiosität bleiben bis auf weiteres somit strukturierende Faktoren des Wahlverhaltens. Die Trends deuten zwar auf eine Entgrenzung der religiös-politischen Milieus hin. Wie sich dieser Prozess jedoch entwickelt ist nicht abzusehen, weil auch die programmatische Entwicklung der Parteien und des Parteiensystems insgesamt die Einflüsse bestimmen. Insbesondere das Aufkommen der rechtspopulistischen AfD könnte hier eine entscheidende Rolle spielen, weil sich die Kirchen mit ihren kosmopolitischen Werthaltungen gegen den Rechtspopulismus positionieren.

Schließlich sollten die hier präsentierten Ergebnisse sehr vorsichtig interpretiert werden. Da das Modell nur wenige Kontrollvariablen enthält, werden die Effekte mitunter überschätzt. Das betrifft vor allem die Modelle, die linke und rechte Parteien vergleichen, weil die Links-Rechts Selbsteinstufung ein wichtiger Prädiktor der Wahlentscheidung ist und in den Daten fehlt. Andere Datenquellen, insbesondere die Allgemeine Bevölkerungsumfrage Sozialwissenschaften (ALLBUS), könnten verwendet werden, um die hier berichteten Befunde im Längsschnitt unter Verwendung weiterer Merkmale in den Regressionsmodellen zu validieren.

Referenzen

- Arzheimer, K. und H. Schoen (2007). „Mehr als eine Erinnerung an das 19. Jahrhundert? Das sozio-ökonomische und das religiös-konfessionelle Cleavage und Wahlverhalten 1994–2005“, in: H. Rattinger, O. W. Gabriel und J. W. Falter (Hrsg.) *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wahlverhaltens*, 89–112, Baden-Baden: Nomos.
- Chaves, M. (2011). *American Religion. Contemporary Trends*. Princeton: Princeton University Press.
- Elff, M. und S. Rossteutscher (2011). „Stability or Decline? Class, Religion and the Vote in Germany“, *German Politics* 20(1), 107–127.
- Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim (2017). *Politbarometer - Gesamtkumulation*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5100 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.5100.
- Frey, T. (2009). *Die Christdemokratie in Westeuropa. Der schmale Grat zum Erfolg*. Baden-Baden: Nomos.
- Jansen, G., N. D. de Graaf und A. Need (2012). „Explaining the Breakdown of the Religion-Vote Relationship in The Netherlands, 1971–2006“, *West European Politics* 35(5), 1215–1215.
- Kalyvas, Stathis N. (1996). *The Rise of Christian Democracy in Europe*. Ithaca: Cornell University Press.
- Kalyvas, Stathis N. und K. van Kersbergen (2010). „Christian Democracy“, *Annual Review of Political Science* 13(13), 183–209.
- Meulemann, H. (2015). *Nach der Säkularisierung: Religiosität in Deutschland 1980–2012*. Springer-Verlag.
- Minkenberg, M. (2010). „Party Politics, Religion and Elections in Western Democracies“, *Comparative European Politics* 8(4), 385–414.
- Pappi, F. und J. Brandenburg (2010). „Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland. Stabilität und Wandel seit 1980“, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62(3), 459–483.
- Siegers, P., Franzmann, S. und M. Hassan (2016). „The Religious and Spiritual Underpinnings of Party Choice in Christian Europe“, *Electoral Studies* 44, 203–213.
- von Alemann, U. (2000). *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Leske & Budrich.
- Wolf, C. und S. Roßteutscher (2013). „Religiosität und politische Orientierung – Radikalisierung, Traditionalisierung oder Entkopplung?“, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 65(1), 149–181.

Wolf, C. (1996). „Konfessionelle versus religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft“; *Politische Vierteljahresschrift* 37(4), 713-734.

1 Die Autoren danken PD Dr. Simon Franzmann für wertvolle Hinweise zum Manuskript.

2 Aufgrund des geringen Anteils der Katholiken in Ostdeutschland haben wir auf die Auswertung verzichtet.

Pascal Siegers
Pascal.Siegers@gesis.org

Christina Eder
christina.eder@gesis.org

doi: 10.15464/isi.60.2018.13-20

Die Beurteilung von Parteien und Kanzlerkandidaten vor den Bundestagswahlen von 1961 bis 2013

Stabilität der Konfliktstruktur bei wechselnder Attraktivität der Parteien und Kanzlerkandidaten

Die Forschungsgruppe Wahlen erhebt unter dem Markenzeichen Politbarometer seit 1977 politische Einstellungen, darunter die Einstufung von Parteien und Spitzenpolitikern mit Hilfe sogenannter Skalometerfragen: „Und was halten Sie - so ganz allgemein - von den politischen Parteien? Sagen Sie es bitte anhand dieser Skala. +5 heißt, dass Sie sehr viel von der Partei halten. -5 heißt, dass Sie überhaupt nichts von ihr halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen“. Wir nehmen an, dass diese allgemeinen Wählerurteile über Politiker und Parteien sowohl vom Ansehen des Beurteilungsobjekts in der Öffentlichkeit als auch vom eigenen Standpunkt des Beurteilers abhängen. Je linker oder rechter man selbst eingestellt ist, desto positiver oder negativer wird man Parteien/Politiker der verschiedenen Lager beurteilen. Diese „ideologische Nähe“-Logik des Urteils wird ergänzt um eine „mehr ist besser“-Logik, in der sich ein gewisser Konsens der Befragten darüber ausdrückt, wie kompetent eine Partei oder ein Politiker ist. Wir werden diese beiden Aspekte des Urteils mit Hilfe einer Bayesianischen Entfaltungsana-

lyse trennen. Als Hauptkriterium für die Nähe-logik ergibt sich, wenig überraschend, die Links-Rechts-Position der Parteien und der Befragten. Diese Logik führt uns zur Grundstruktur des deutschen Parteienwettbewerbs zwischen einer konservativen, christdemokratischen Partei und einer linken, sozialdemokratischen Partei. Das übereinstimmende Urteil der Befragten über die Kompetenz, Regierungsfähigkeit oder politische Attraktivität der Parteien und Kanzlerkandidaten bezeichnen wir zusammenfassend als Valenzlogik. Dieses Urteil führt uns zu den Valenzwerten dieser Einstellungsobjekte. Sie unterscheiden sich stärker von Wahl zu Wahl und erweisen sich als das eigentlich dynamische Element in den Bundestagswahlen der letzten 50 Jahre.

Folgende Fragen werden wir beantworten:

1. Mit welchen Daten und welchem Messmodell kann man die Trennung von Nähe- und Valenz-Logik vornehmen und damit eine Langzeitanalyse der Bundestagswahlen durchführen?
2. Bleibt der Einfluss der ideologischen Nähe zu den Parteien und der

Valenzwerte auf die Wahlabsichten im Zeitverlauf vom Drei- über das Vier- bis zum west- und ostdeutschen Fünf-Parteiensystem genügend stabil, sodass ein Zeitvergleich der geschätzten Aggregatparameter gerechtfertigt ist?

3. Inwieweit ist die ideologische Konfliktstruktur zwischen den Parteien tatsächlich stabil geblieben und wie beeinflussen Distanz- und Valenzwerte der Parteien und der Kanzlerkandidaten die Wahlerfolge der Parteien? Antworten wird eine deskriptive Zeitreihenanalyse der Aggregatparameter für die Bundestagswahlen seit 1961 in Abschnitt 3 und die Voraussage der Wahlergebnisse mit unseren Parametern in Abschnitt 4 liefern.

Daten und Messmodell

40 Jahre Politbarometer sind eine lange Zeit. Da das Fragenprogramm Vorläufer in den deutschen Wahlstudien hat, können wir mit den Partei- und Politiker-Skalometern sogar bis 1961 zurückgehen. 1961 war die erste Bundestagswahl, bei der die Herausforderer-